



HESSISCHER LANDTAG

25. 11. 2011

Kleine Anfrage

der Abg. Schott (DIE LINKE) vom 20.09.2011

betreffend die Rolle und den Stellenwert der aktuellen und zukünftigen Altersarmut in der "Seniorenpolitischen Initiative" der Landesregierung

und

Antwort

des Sozialministers

Vorbemerkung der Fragestellerin:

Die Landesregierung hat eine "Seniorenpolitische Initiative" gestartet, deren Ziel es ist, "neue Bilder des Alterns gesellschaftlich (zu) etablieren". Dazu läuft seit September 2011 eine Dialogreihe, bei der die Landesregierung "mit allen relevanten Akteuren" ins Gespräch kommen möchte, um "die aktuelle Situation der Seniorinnen und Senioren in Hessen sowie künftige Herausforderungen zu analysieren."

Diese Vorbemerkung der Fragestellerin vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Welche Herausforderungen sieht die Landesregierung auf dem Gebiet der Seniorenpolitik?

In einer aufgrund der demografischen Entwicklung älter werdenden Gesellschaft ist es unabdingbar, eine breite gesellschaftliche Diskussion darüber zu führen, welche Auswirkungen diese Veränderungen auf unsere Lebensverhältnisse in Zukunft haben werden. Angesichts des steigenden Anteils älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung ist nicht alleine eine Weiterentwicklung der Seniorenpolitik, sondern auch eine stärkere Schwerpunktsetzung auf die für Seniorinnen und Senioren wichtigen Themen notwendig. Zudem gilt es, das gesellschaftliche Bewusstsein für Bedürfnisse älterer Menschen zu stärken. Seniorinnen und Senioren haben aufgrund ihrer Lebensleistung einen Anspruch auf ein würdiges Leben im Alter. Vorrangiges politisches Ziel muss aus Sicht der Landesregierung deshalb sein, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Seniorinnen und Senioren erlauben, so lange wie möglich ihr Leben eigenständig, selbstbestimmt und unabhängig zu gestalten. Dabei sind die Bedürfnisse aktiver und vitaler älterer Menschen ebenso in den Blick zu nehmen wie diejenigen hilfs- und pflegebedürftiger sowie an Demenz erkrankter Menschen. Daran müssen viele gesellschaftspolitische Akteure in ihren jeweiligen Verantwortungsbereichen mitwirken. Zu den Themen und Schwerpunkten der Seniorenpolitik der Hessischen Landesregierung kann weiterführend verwiesen werden auf die Beantwortung der Großen Anfrage 18/3534 betreffend "Politik für Seniorinnen und Senioren in Hessen" vom 3. Juni 2011.

Frage 2. Welche Bilder des Alterns sollen etabliert werden?

In Wissenschaft, Politik und Gesellschaft wird immer wieder zu Recht darauf hingewiesen, dass die herkömmlichen Vorstellungen vom Alter, die eher negative Bilder des Alters bzw. des Alterns in den Vordergrund gestellt haben, nicht mehr der gesellschaftlichen Wirklichkeit entsprechen und revidiert werden müssen. Alter wurde bislang und wird gelegentlich noch primär mit Verlust an Gesundheit, Kreativität, Neugierde, Offenheit und Produktivität gleichgesetzt. Moderne Seniorenpolitik muss hingegen von einer Vielfalt von Altersbildern ausgehen, welche unterschiedliche individuelle Bedürfnisse und Lebenssituationen älterer Menschen berücksichtigt. Der

medizinische Fortschritt, eine gute gesundheitliche Versorgung und auch das Bewusstsein vieler Menschen für gesundheitliche Prävention führen beispielsweise dazu, dass viele ältere Menschen von heute so vital und "jugendlich" sind wie nie zuvor. Der Großteil der älteren Menschen ist gesünder, aktiver, mobiler und auch besser ausgebildet als frühere Generationen. Gleichzeitig ist aber auch zu beachten, dass in einer älter werdenden Gesellschaft die Zahl der Pflegebedürftigen, der an Demenz Erkrankten und der Menschen mit Behinderungen erheblich steigen wird. Seniorenpolitische Konzepte für die Zukunft müssen deshalb eine sehr weite Bandbreite von individuellen und gesellschaftlichen Situationen und Bedürfnissen im Blick haben.

Frage 3. Mit welchen Institutionen sind Gespräche geplant?

Zu den Dialogforen der "Seniorenpolitischen Initiative" wurden und werden Vertreter der Landesseniorenvertretung, der Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte, der Kirchen und Religionsgemeinschaften, der Kommunalen Spitzenverbände und der Wohlfahrtsverbände eingeladen. Hinzu kommen Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft zu den einzelnen Themenfeldern der jeweiligen Foren, zum Beispiel öffentliche Institutionen, Ehrenamtsinitiativen, Verbraucherorganisationen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen, Wohnungsbau- und Nahverkehrsgesellschaften, Beratungseinrichtungen, Fachverbände oder Träger aktueller seniorenpolitischer Projekte. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass alle relevanten Akteure der Seniorenpolitik eingebunden werden und ein größtmöglicher Bezug zur Lebenswirklichkeit älterer Menschen erreicht wird.

Frage 4. Plant die Landesregierung das Thema der aktuellen und weiteren Entwicklung der Altersarmut dabei regelmäßig akzentuiert anzusprechen?

Die Dialogforen der "Seniorenpolitischen Initiative" haben zum Ziel, differenzierte Altersbilder zu entwickeln, welche die Vielfalt und Unterschiedlichkeit individueller Lebenssituationen älterer Menschen berücksichtigen. Dies umfasst stets auch die unterschiedliche wirtschaftliche und soziale Situation von Seniorinnen und Senioren und deren Einfluss beispielsweise auf die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe, zur Schaffung altersgerechten Wohnraums oder zur Nutzung sozialer Dienstleistungs- und Unterstützungsangebote.

Frage 5. Werden die Dialogtermine öffentlich sein?

Auf die Beantwortung zu Frage 3 wird verwiesen.

Frage 6. In welchem Umfang werden die Inhalte der Gespräche dokumentiert bzw. protokolliert?

Die Ergebnisse der Dialogforen sollen in einer Dokumentation zusammengeführt werden.

Wiesbaden, 17. November 2011

Stefan Grüttner